

Antrag 136/I/2022
ASF LFK

Frauen*projekte finanziell absichern

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses und des Senats werden aufgefordert, Frauenberatungs- und -unterstützungszentren sowie Anti-Gewaltprojekte und Arbeitsmarktprojekte dauerhaft finanziell abzusichern. Dafür ist mittel- und langfristig eine strukturelle Sockelfinanzierung sowie eine kurzfristige Lösung zur Sockelfinanzierung für den nächsten Zweijahreshaushalt vorzusehen.

9

Begründung

11 Nicht erst seit der Corona-Pandemie leisten feministische Projekte wertvolle und notwendige Beratungs- und Unterstützungsarbeit für von Gewalt betroffene Frauen*, für Alleinerziehende, Migrantinnen, Queers und viele andere. Zuletzt sind die Zahlen von Frauen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind deutlich gestiegen. „148.031 Betroffene von Partnerschaftsgewalt verzeichnet das Bundeskriminalamt im Jahr 2020. Mit einem Anstieg von 4,4 Prozent setzt das den Trend der Vorjahre fort: Seit Jahren steigt die Zahl der polizeilich gemeldeten Fälle von Gewalt in Partnerschaften. Das BKA geht von einem erheblichen Dunkelfeld nicht erfasster Fälle aus. Mit 80,5 % ist erneut die überwältigende Mehrheit der Betroffenen weiblich (119.165). Insgesamt 139 Frauen wurden 2020 durch ihren aktuellen oder ehemaligen Partner getötet - 22 Frauen mehr als noch 2019.“, heißt es in einer Mitteilung der Frauenhauskoordinierung e.V. zur Veröffentlichung der polizeilichen Kriminalstatistik 2020. Das ist mehr als alarmierend und unterstreicht die Bedeutung feministischer Projekte. Auch sind unter den Geflüchteten aus der Ukraine überwiegend Frauen und Kinder, die in Berlin Schutz suchen. Hier kommt den Frauenberatungszentren erneut eine zentrale Rolle zu. Dennoch sieht der kommende Doppelhaushalt eine Mittelkürzung vor, die viele Projekte vor das Aus stellt. Bereits jetzt sind viele Projekte unterfinanziert und die regelmäßige Mittelbeantragung bindet nicht nur personelle Kräfte, sondern sorgt für Unsicherheit und ist damit das Gegenteil von guter Arbeit, die von der SPD zu Recht immer wieder eingefordert wird. Wir unterstützen daher die Kampagne „Feministische Projekte sicher finanzieren“ und fordern eine dauerhafte Finanzierung von Frauenberatungs- und -unterstützungszentren sowie Anti-Gewaltprojekten in Berlin.

Empfehlung der Antragskommission
Annahme in der Fassung der AK (Konsens)

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses und des Senats werden aufgefordert, Frauenberatungs- und -unterstützungszentren, FLINTA*beratungs- und -unterstützungszentren (Frauen, Lesben, Inter*Personen, Non-binary*Personen, Trans*Personen und Agender*Personen) sowie Anti-Gewaltprojekte und Arbeitsmarktprojekte dauerhaft finanziell abzusichern. Dafür ist mittel- und langfristig eine strukturelle Sockelfinanzierung sowie eine kurzfristige Lösung zur Sockelfinanzierung für den nächsten Zweijahreshaushalt vorzusehen.